



# HESSISCHER LANDTAG

27. 06. 2018

Plenum

## **Antrag der Fraktion der FDP betreffend Realitätsverweigerung im Kultusministerium gefährdet Bildungschancen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bedauert, dass die Landesregierung erneut die Chance verpasst hat, sich mit den Problemlagen und Herausforderungen an den hessischen Schulen auseinanderzusetzen und stattdessen den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Schulleitungen erneut ihr mangelndes Interesse entgegengebracht. Vom angekündigten Schulfrieden und dem "Angebot für alle" hat sich das Kultusministerium seit dem Scheitern des Bildungsgipfels bereits verabschiedet.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Verweigerungshaltung der Landesregierung die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen gefährdet, weil Lehrkräfte, Schulleitungen und Mitarbeiter in der Schulverwaltung durch die Vorgaben des Kultusministeriums über die Grenzen des Vertretbaren hinaus belastet werden.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unbesetzte Stellen im Bereich der Kollegien, Schulleitungen und der Schulverwaltung zügig neu zu besetzen, um die Arbeitsfähigkeit vor Ort zu gewährleisten.
4. Der Landtag spricht sich dafür aus, die Forderungen der Lehrer-, Schulleiter- und Schulverwaltungsverbände endlich ernst zu nehmen und mit diesen Lösungskonzepte zu entwickeln. Hierzu ist es notwendig, in einem ersten Schritt die bürokratischen Dokumentationspflichten, Erlasse und Vorschriften zu überprüfen und zu verringern. Dazu zählt auch die vereinfachte Zugänglichkeit von Informationen und vor allem deren Kenntlichmachung.
5. Der Landtag fordert, dass die Schulen endlich die finanziellen Mittel für die Beschäftigung von Schulverwaltungsangestellten erhalten. Darüber hinaus sollen gemeinsam mit den Schulträgern die Möglichkeiten geprüft werden, um die Aufgabenwahrnehmung durch Schulsekretariate an die tatsächlichen Notwendigkeiten und Bedarfe anzupassen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sicherzustellen, dass die statistischen Daten, die die Schulen an die Schulverwaltung oder das Kultusministerium übermitteln, auch technisch versiert erfasst und ausgewertet werden können. Eine Weiterentwicklung der LUSD sowie die Einrichtung von clouds gilt es zu prüfen und auf den Weg zu bringen.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 27. Juni 2018

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Rock**